

Über die **Progress News:**  
**Eine Zeitschrift verblendet den gesellschaftlichen Zusammenhang**



**Anmerkungen zur Progress News Nr. 2  
und „antideutschen“ Theorien**

**RSB**  
Potsdam

## Opfer des Kapitalismus sind keine Täter! \_\_\_\_\_ 03

### Keimformen einer anderen Welt erkennen \_\_\_\_\_ 03

Der Unterschied macht's  
Eine-Welt-Laden = McDonald's?  
Trägt jedeR gleich viel Verantwortung?

### Realistische Sicht der Dinge \_\_\_\_\_ 04

TäterInnen und Opfer  
Eine Klassenanalyse der Gesellschaft!

Konzerne nicht verantwortlich?

### Das Kapital ist imperialistisch – doppelter Antisemitismus? \_\_\_\_\_ 07

Lenins Imperialismustheorie  
Kritik an der Anti-Kriegs-Bewegung  
Ein sehr reales Herrschaftsverhältnis  
Das Kapital kennt nur eine Religion: den Profit

### Progress-Original \_\_\_\_\_ 09

### Germanozentrismus in anti-deutscher Verkleidung \_\_\_\_\_ 10

#### Moral Bombing \_\_\_\_\_ 11

Der „deutsche Sonderweg“ und die

#### Absage an die „Massen“... \_\_\_\_\_ 12

#### Abrechnung mit der Linken \_\_\_\_\_ 13

#### Strategie des dt. Kapitals \_\_\_\_\_ 14

#### Anmerkungen \_\_\_\_\_ 16

2. Auflage - Feb. '03

Im Dezember 2002 erschien die zweite Ausgabe der „Progress News – Zeitschrift gegen den gesellschaftlichen Verblendungszusammenhang“. Die Jugendgruppe *progress* sorgte damit für Gelächter, Unverständnis und Empörung bei sehr vielen Menschen in Potsdam, die sich dem „linken Spektrum“ zuordnen.

Die Gruppe *progress* ist nach der Spaltung der Antifa-Gruppen Potsdams als neuer politischer Vorgarten der *Antifaschistischen Aktion Potsdam (AAPO)* initiiert worden. *Progress* und *AAPO* sind dem sogenannten „antideutschen“ Spektrum zuzurechnen. Die Kernpunkte dieser Weltanschauung sind: das Existenzrecht des Staates Israels zu sichern („Lang lebe Israel“), Antizionismus = Antisemitismus, Deutsche = Antisemiten. Realpolitisch heißt das u.a., für den Angriff auf den Irak zu sein (nach Ansicht vieler „Antideutscher“ brächte das Wegbomben Saddam Husseins einen Regimewechsel mit sich, der den Antisemitismus dämpfen und somit die Gefahr für Israel verringern würde) und die Einteilung der Gesellschaft in Völker, statt die Klassenstruktur zu betrachten. Natürlich ist auch das „antideutsche“ Lager nicht einheitlich: *Progress* und *AAPO* sind am ehesten der *Bahamas-Linie* zuzurechnen.

Wir möchten in diesem Heft den mysteriösen Theorien und Behauptungen von

*progress* eine fundierte Kritik entgegensetzen. Hierfür haben wir den Artikel „McDonald's tötet“ aus ihrer aktuellen Zeitung ausgewählt. Es ließ sich leider nicht vermeiden, diesen Artikel Satz für Satz zu kommentieren. Die Dichte von unrealistischen Behauptungen, völkischer Denkweise und merkwürdigen Schlussfolgerungen machte das nötig. Um auch selbst in den Genuss dieses Artikels zu kommen, drucken wir ihn in voller Länge auf Seite 9 ab. Zum Schluss folgt ein Text (Seite 10) aus dem Jahre 1995, der sich allgemein mit den „antideutschen“ Ansichten beschäftigt. (Damals war Jürgen Elsässer noch an vorderster Front dieses Spektrums, mittlerweile nicht mehr.)

Momentan erleben wir massive Angriffe auf die sozialen Systeme, ein Krieg steht bevor, wir mussten allein in Potsdam drei Naziaufmärsche innerhalb von 3 Monaten erleben und hören dauernd von Übergriffen. Von außen wirkt es wahrscheinlich absurd, warum die Potsdamer Linke gerade jetzt nicht halbwegs einig auftritt und weiter dem frönt, was seit ein paar Jahren „Antisemitismus-Diskussion“ genannt wird.

Doch gerade die bedenkliche Haltung der „Antideutschen“ zur Kriegsproblematik macht ein einheitliches Auftreten schwer.

RSB-Potsdam im Januar 2003



Zitat aus der Progress News:  
„Das Palituch ist die Geschichte einer linksradikalen Verirrung oder eines Irrtums. Es ist Zeit, diesen Irrtum zu erkennen und in Zukunft einen Schal von H&M, C&A oder von Vati genäht zu tragen. Coole Kids tragen keine Pali-Tücher.“ (Seite 15)  
**Modebewusstsein à la progress** : Lieber Kinderarbeit und Ausbeuterei unterstützen als Befreiungskämpfe.

### Neuer ISP Verlag

(erhältlich über RSB Potsdam)

Gilbert Achcar

### Der Schock der Barbarei

Der 11.9. und die „neue Weltordnung“

'02 - 12 Euro

Karl Grobe-Hagel

### Krieg gegen Terror?

Al Qaeda, Afghanistan und der „Kreuzzug“ der USA

'02 - 14 Euro

Ernest Mandel

### Einführung in den Marxismus

'92 - 10 Euro

Enzo Traverso

### Nach Auschwitz

'00 - 15 Euro

Zum Artikel „McDonald's tötet!“ oder:

# Opfer des Kapitalismus sind keine Täter



Wir möchten den absurden Theorien und Behauptungen von *progress* eine fundierte Kritik entgegensetzen.

Bei aller Kritik, die wir an dem Artikel in diesem Text vorbringen möchten, so gibt es doch gemeinsame Anknüpfungspunkte zwischen uns und der Meinung des Autors/der Autorin des Artikels „*McDonald's tötet*“<sup>\*</sup>. Die wichtigste Gemeinsamkeit sehen wir darin, dass die *Progress News* wie auch wir letztendlich bestrebt sind, den Kapitalismus zu überwinden.

Des weiteren entwickelt der *Progress*-Artikel wichtige Ansatzpunkte einer Kritik an Attac, ReformistInnen und utopischen Träumereien von einem menschlichen Kapitalismus, sowie an der Anti-Kriegsbewegung, die wir in der Kernaussage teilen. Darauf werden wir im folgenden näher eingehen.

## Keimformen einer anderen Welt erkennen

Folgender Satz hat bei sehr vielen Linken in Potsdam für Empörung gesorgt:

„Im Gegenteil - er [der Kapitalismus, Anm. RSB] funktioniert über die totale Vergesellschaftung, denn alle ob als Produzenten oder Konsumenten nehmen daran teil, egal ob sie Produkte bei dem ‚Eine Welt laden‘ oder bei *McDonald's* kaufen.“ Zum Anfang: Wir nehmen an, dass das Wort nicht „Vergesellschaftung“ sondern „Einbeziehung“ lauten soll. Der Kapitalismus beruht ja auf allem anderen als auf Vergesellschaftung (Vergesellschaftung der Konzern-Verluste mal aus-

genommen). Kapitalistische Herrschaft zeichnet sich gerade dadurch aus, dass die große Mehrheit der Bevölkerung konsequent vom Besitz an Produktionsmitteln ausgeschlossen wird.

### Der Unterschied macht's

Nehmen wir also den veränderten Satz mit dem Wort „*Einbeziehung*“. Natürlich gibt es in jeder Gesellschaft KonsumentInnen und ProduzentInnen. Und ProduzentInnen müssen auch konsumieren. Das setzt sie aber in der Frage der sozialen Verantwortlichkeit noch lange nicht mit Menschen gleich, die nur konsumieren und niemals mit eigenen Händen für die Gesellschaft produzieren. Die weltweiten Verhältnisse zeigen, dass das Klassenmodell der Gesellschaft noch lange nicht veraltet ist (in den G-7 Staaten gehören z.B. über 80% der Bevölkerung zur ArbeiterInnenklasse).

Die Frage, die mensch sich hier aber stellen muss lautet: Wie nehmen Menschen, die produzieren und solche, die nur konsumieren am Kapitalismus teil? Um lediglich festzustellen, dass wir alle ja irgendwie auf dieser Welt leben und essen und folglich zwangsweise mit dem Kapitalismus verstrickt sind, braucht mensch keinen Artikel zu schreiben, das ist bekannt.

Es gibt natürlich einen Unterschied, den *Progress News* anscheinend nicht sieht. Diesen Unterschied bemerken wir, wenn wir uns fragen, welche *Qualität* denn die Verstrickungen haben. Gibt es keinen Unterschied zwischen Ronny Versace, dem Millionär, Sohn und Erben des Modemachers und Frau Schmidt aus Potsdam-Wald-

stadt, die jeden Tag um 5 Uhr zur Arbeit geht? Während der eine jung geerbt hat und sich den ganzen Tag durch Monaco kutschieren lässt, Frauen „anbaggert“ und abends auf Parties geht, muss sich die andere um ihre 2 Söhne kümmern und kann sich dieses Leben nur ansatzweise einmal im Jahr im Urlaub gönnen (natürlich nur, wenn sie jemanden findet, der/die auf ihre Kinder aufpasst). Was die beiden so von der Welt mitbekommen, unterscheidet sich schon wesentlich in einigen Punkten. Beide konsumieren, nur der eine in viel höherem Maße als die andere. Frau Schmidt geht arbeiten - Ronny lässt für sich arbeiten.

Zur Verdeutlichung hier ein kleiner Überblick: In der BRD besitzen die 100 Reichsten allein über 250 Milliarden Euro an Privatvermögen. Hierzulande gibt es ca. 300.000 Kapitalisten, von denen über die Hälfte fast nichts tut, sie leben in ihrem individuellen Freizeitpark. Zur Zeit leben in der BRD ca. 100.000 hochbezahlte ManagerInnen, 400.000 leitende Angestellte, fast 4 Millionen Selbständige und 34,5 Millionen Erwerbstätige und weitere 7 Millionen die arbeiten wollen, aber nicht dürfen (nur einige sind registriert) und 40 Millionen, die nicht erwerbstätig sind (Kinder, Hausfrauen, Studierende etc.) und die besagten 300.000 Kapitalisten.

Zu behaupten, dass angesichts dieser

<sup>\*</sup> Alle hier aufgeführten Zitate beziehen sich auf folgende Quelle: *McDonald's tötet!*, in: *Progress News*. Zeitschrift gegen den gesellschaftlichen Verblendungszusammenhang, 02. Ausg. (Dezember 2002), S. 08-09. Der vollständige Artikel befindet sich auf der Seite 09 in dieser Broschüre.



**Unterentwickelt gehaltene Länder:** Die „Zivilisation“ der „Festung Europa“ geht auf ihre Kosten.

Faktenlage alle gleichermaßen am Kapitalismus beteiligt wären, ist unverständlich. Natürlich ist die Trennung zwischen Kapital und Arbeit nicht klar erkennbar, weil es viele Zwischenschichten gibt. Die Grenzen sind also fließend. Das war in Klassengesellschaften schon immer so. Das macht die Zuordnung im Einzelfall vielleicht schwierig und die Realität unübersichtlich. Aber dies ist kein Argument gegen die Klassengesellschaft. Der individuelle Anteil am kapitalistischen Verwertungsprozess ist verschieden groß, niemand kann sich ihm voll und ganz entziehen. Entscheidend ist allerdings, was jemand tut. Ob mensch zu dieser oder jener Klasse gehört, hängt von der Stellung im gesellschaftlichen Produktionsprozess ab.

### Eine-Welt-Laden = McDonald's

Nun zur Gleichsetzung von „McDonald's“ und „Eine-Welt-Laden“: Hier kennt die Progress News nur schwarz oder weiß, aber sich die Unterschiede genauer anzusehen, das ist oft hilfreich.

Für Menschen in den abhängig gehaltenen Ländern macht es sehr wohl einen Unterschied, ob sie einen Euro oder zehn Euro am Tag zum Leben haben. Der Kauf von Produkten im Eine-Welt-Laden garantiert nur dafür, dass die Menschen bei der Herstellung der Produkte weniger als im normalen Produktionsprozess ausgebeutet werden, und nicht, dass sie nicht ausgebeutet werden. Es macht einen Unterschied, ob ich mein Essen im Madia kaufe oder bei McDonald's. Die Beschäftigungsbedingungen sind grundlegend verschieden: Bei McDonald's gibt es kein Recht auf gewerkschaftliche Organisierung, die Menschen sind prekär beschäftigt.

Aber progress kann sich selbst einmal von der Unterschiedslosigkeit überzeugen, wenn sie demnächst zu McDonald's gehen und dort fragen, ob sie dort ihr Gruppentreffen (mietfrei!) abhalten dürfen. (Danke an L. für diesen Hinweis.)

Eine-Welt-Läden stellen genauso wie besetzte Häuser nicht der Weisheit letzter Schluss dar, sie sind aber Keimformen einer anderen Welt, die nicht auf Ausbeutung beruht.

### Trägt jedeR gleich viel Verantwortung?

„Es sind also alle im gleichen Maße verantwortlich oder eben nicht verantwortlich für die negativen Auswirkungen, die sich ergeben aus der Produktion von Konsumgütern.“ geht es im Text weiter.

Eine derartige Aussage kann wohl nur zutreffen, wenn der Blick aus der eigenen Welt nicht weiter reicht, als bis zum Tellerrand. Wir sind sicher, die Menschen in Galizien wären hoch erfreut zu hören, wenn ihnen die Progress News erklärt, dass sie im selben Maße verantwortlich sind für die Ölverpestung ihrer Küste durch den Tanker Prestige, wie die Eigentümer der Reederei und der Öl-Konzerne. Sicher würde es auch die Jüdinnen und Juden freuen zu hören - wenn dieses Beispiel erlaubt ist - dass sie im selben Maße an der Finanzierung der Werbekampagne für die NSDAP Schuld haben, wie einige BesitzerInnen deutscher Großkonzerne. Oder das kleine Kind in Indien, das genau soviel Schuld daran tragen soll, dass es gezwungen ist in einer Fabrik Pullover für 2 Cents pro Stunde zu nähen, wie der Chef, der die Sachen zu H&M weiterverkauft. Weit davon entfernt die Welt so zu beschreiben, wie sie annähernd ist, presst die Progress News sich die Realität in die Form, wie sie nötig ist, um „antideutsche“ Ideologie zu verbreiten.

Und noch eine kleine Anmerkung am Rande: Anders als im o.g. Zitat angenommen wird, produzieren wir nicht nur Konsumgüter, sondern auch Produktionsgüter (also Güter, die nicht sofort verbraucht, sondern dazu benutzt werden, andere Dinge herzustellen; Maschinen z.B.; ganz zu schweigen von Waffen).

Nun, da wir festgestellt haben, dass die Verstrickungen, die Menschen mit dem Kapitalismus haben, durchaus von unterschiedlicher Qualität sein können, wollen wir betrachten, welche Konsequenzen sich (für unser Handeln) daraus ergeben. Dazu begeben wir uns am besten an den Schluss des Artikels.

### Realistische Sicht der Dinge

Dort heißt es nämlich: „Dies sollte aber kein Ansporn sein sich von den Versprechungen des Kapitalismus [...] zu distanzieren, um in völliger Enthaltensamkeit sein Leben zu fristen; die Erfüllung dieser Versprechen ist radikal einzufordern und zwar für alle Menschen. Denn erst aus der prinzipiellen Unfähigkeit des Kapitalismus, diese einzulösen, ergibt sich eine Notwendigkeit, ihn zu überwinden.“

Auch progress ist also von der Notwen-

digkeit der Überwindung des Kapitalismus überzeugt. Wir wollen feststellen, ob wir dem gemeinsamen Ziel, den Kapitalismus zu überwinden, durch die Thesen, die der Progress-Text vertritt, näher kommen. Wir sind der Meinung, dass dazu die Entwicklung einer emanzipatorischen Praxis unerlässlich ist. Aber wie heißt es so schön? Keine Praxis ohne Theorie und umgekehrt.

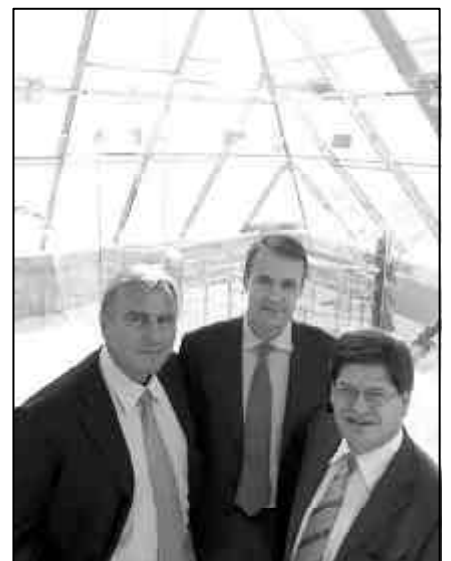
Sicher gibt es keine Patentrezepte, die wir nebenbei aus dem Hut zaubern könnten. Doch gibt es in der Betrachtung der Geschichte und in den wissenschaftlichen Betrachtungen über den Kapitalismus einige Anhaltspunkte, auf die wir im folgenden hinweisen möchten.

### TäterInnen und Opfer

Der Kapitalismus ist ein allumfassendes System. Seine Auswirkungen können wir in praktisch allen Lebensbereichen unserer Welt spüren. Unser Denken, unser Handeln, ja sogar unsere Gefühle, das alles ist bestimmt von der Welt, die uns umgibt.

Und diese Welt ist ohne Zweifel von kapitalistischer Natur. Ist es dann auch berechtigt anzunehmen, dass niemand ihr entkommen kann? Zweifellos kann mensch sich auf eine einsame Insel begeben. Auf dieser kann dann versucht werden, völlig autark zu leben. In diesem Falle würde mensch tatsächlich nicht aktiv am Kapitalismus teilnehmen, aber auch nichts aktiv dafür tun, ihn zu überwinden. (Und eine größer werdende Insel wäre ganz schnell staatlicher Repression ausgesetzt. Also wieder nix mit dem schönen Leben.) Um ihn aber zu überwinden, ist es nötig, andere Menschen zu überzeugen. Dafür ist es notwendig die Insel zu verlassen.

Wenn wir uns also nicht gerade auf unsere eigene Insel begeben, nehmen wir alle in irgendeiner Weise am Kapitalismus teil. Ist es aber richtig, aus der Tatsache, dass



**Auf der Sonnenseite des Kapitalismus:** ManagerInnen verdienen das hundertfache des Lohnes von normal Arbeitenden.

sich niemand absolut dem Kapitalismus entziehen kann, zu schlussfolgern, dass dann auch niemand für seine Übel verantwortlich ist oder alle im gleichen Maße verantwortlich sind?

Tatsächlich vertritt *progress* diesen Standpunkt. Der Text leitet mit der Feststellung ein, würde mensch im Kapitalismus nach „TäterInnen und Opfern“ suchen, dann würden „die unpersönlichen Verhältnisse des Kapitalismus [...] zu persönlichen umgekehrt.“ Es wird behauptet, dass dies automatisch die Einteilung des Kapitalismus in „Gut und Böse“ sei.

Es ist richtig, dass der einzelne Kapitalist in der herrschenden Art und Weise zu produzieren, gewissen Gesetzmäßigkeiten untergeordnet ist. Auf diesen Meinung nach richtigen, Aspekt werden wir noch weiter unten im Text eingehen. Es ist aber fatal, aus den Sachzwängen des Kapitalismus und dem Eingebundensein aller Menschen in ihm die Schlussfolgerung zu ziehen, es sei „nicht möglich, bestimmte Gruppen oder gar Einzelpersonen zur Verantwortung zu ziehen.“

Zu aller erst ist der Kapitalismus nicht „unpersönlich“, er ist ein Zwangsverhältnis. Und zwar ein Zwangsverhältnis zwischen Klassen, in die sich die Gesellschaft spaltet und immer mehr polarisiert. Eine Klasse ist im Besitz von Reichtum und Produktionsmitteln, die andere ist davon ausgeschlossen. Und eben weil sie davon ausgeschlossen ist, ist sie gezwungen das Einzige zu verkaufen, das sie besitzt. Ihre Arbeitskraft. Diese Erkenntnis ist nicht neu, Marx hat sie systematisiert aber einige Menschen vor ihm haben dies bereits erkannt. Heutzutage, wie vor hundert Jahren wird die Existenz der Klassengesellschaft hauptsächlich von Menschen geleugnet, die glauben, dass der Kapitalismus das Ende der Geschichte sei.

In den Industrienationen haben sich die gesellschaftlichen Verhältnisse aufgrund der Zugeständnisse, die die Kapitalisten den ArbeiterInnen machen mussten, verschleiert. Dies geschah aber nicht aus Gutmütigkeit oder einer blitzartig entstehenden sozialen Ader, sondern dadurch, dass sich die ArbeiterInnen selbst organisiert und zusammengeschlossen haben. Deshalb ist die Behauptung des Autors/der Autorin in der *Progress News*, wir könnten keine „bestimmte Gruppe“ als Urheber des Elends des Kapitalismus ausfindig machen auch gleichzeitig ein Schlag gegen 200 Jahre ArbeiterInnenbewegung. Nichts von all dem, was wir heute unter „Zivilisation“ in Westeuropa verstehen, wäre vorhanden, wenn nicht Millionen von ArbeiterInnen buchstäblich gewusst hätten, wo der Feind steht, wer Täter und wer Opfer ist. Und dieses gesellschaftliche Verständnis ist auch von zwingender Notwendigkeit zum Umsturz des Kapitalismus, zur revolutionären

Tat, die nicht erst dann beginnt, wenn die Massen auf den Straßen stehen, sondern auch in den vielen kleinen Kämpfen in den Betrieben, die die Arbeitenden mit ihren Bossen ausfechten. In Zeiten des Niederganges des Klassenbewusstseins ist dieser Kampf institutionalisiert in den Riten der Gewerkschaftsbürokratie und ihrer Lohn-

System, kurz: emanzipatorische Praxis) erst möglich ist.

JedeR linke GewerkschafterIn, jedeR Linke, der/die es wagt, gegen die ungerechten Verhältnisse im Betrieb, in der Schule, in der Uni aufzustehen und sich nicht als „antideutscheN“ Ideologen/-in versteht, wird damit zum Antisemiten abgestempelt.



**Weise Worte:** „Zu Gunsten der Reichsten - auf Kosten der Meisten.“

verhandlungen mit den Organisationen des Kapitals. Aber dieser Zustand muss und wird auch ganz bestimmt nicht bis in alle kapitalistische Ewigkeit andauern.

### **Eine Klassenanalyse der Gesellschaft!**

Weiter fährt der Autor/die Autorin im Text fort: „Die Urheberschaft für das, was sich an Negativem aus diesem Wirtschaftssystem ergibt, wird Einzelnen angelastet.“ Die *Progress News* hat unrecht, denn es gibt Menschen, die betrachten die Gesellschaft vom Klassenstandpunkt aus. Die Tatsache, dass die MillionärInnen und MilliardärInnen auf dieser Welt und diesem Land nicht öffentlich sichtbar sind, heißt nicht, dass sie nicht existieren. Vielfach wollen es die Personen einfach nicht, in der Öffentlichkeit als superreich bekannt zu sein. Es gibt Menschen, die glauben, dass diese Herren und Damen allesamt mit der „jüdischen Weltverschwörung“ zusammenhängen, aber das widerspricht jeglicher Faktenlage. Genau so falsch ist es allerdings anzunehmen, dass jedeR, der/die die KapitalistInnen wegen ihres Reichtums und ihrer Macht kritisiert, AnhängerIn einer verrückten Weltverschwörungstheorie sei, wie es die *Progress News* in ihrem Artikel unterstellt.

Sie bedient sich dabei dem Konstrukt des „strukturellen Antisemitismus“, von dem es nur noch „ein sehr kleiner Schritt“ zum Antisemitismus sei.

Es ist uns schleierhaft, wie mensch eine glaubhafte Kritik am Kapitalismus äußern kann, ohne dabei auf die Reichtumsverteilung in der Welt hinzuweisen. Diese ist einfach ein Fakt. JedeN der/die darauf hinweist, als Antisemiten abzustempeln, heißt, sich einer Basis zu entziehen, auf der konstruktive Kritik (die Formulierung einer echten Alternative zum bestehenden

So kann mensch alle anderen in die Ecke manövrieren und sich selbst als HüterIn aller Wahrheit aufspielen. Eine bequeme kleine Welt im rein akademischen Elfenbeinturm tut sich auf, von dem mensch hoch oben auf alle Linken schimpfen kann und sich dabei überlegen fühlt. Dabei wird und muss mensch sich aber von jeder ernsthaften revolutionären Politik entfernen. Die *Progress News* ist auf dem besten Weg dorthin.

### **Alle SystemkritikerInnen gleich Reformisten?**

In diesem Elfenbeinturm scheint es sich der Autor/die Autorin allerdings schon bequem gemacht zu haben: „Die Schuldfrage scheint also geklärt zu sein, nicht der Kapitalismus als großes Ganzes soll abgeschafft werden, sondern nur seine moderne Ausläufer.“ Nach dem selben Muster, wie oben schon aus kapitalismuskritischen Menschen Antisemiten wurden, wird nun aus jedem kapitalismuskritischen Menschen einE AnhängerIn des Kapitalismus der freien Konkurrenz. Diese Menschen glauben, dass das alltäglich Leid des Kapitalismus einfach abgeschafft werden kann, indem die Großkonzerne zu Gunsten von vielen kleinen Firmen abgeschafft werden. Zugegebenermaßen ist diese Theorie tatsächlich abstrus, auch darauf werden wir noch eingehen.

Trotzdem scheint es die *Progress News* zu ignorieren, dass es Menschen gibt, die eine Kritik des Kapitalismus mit Klassenanalyse und revolutionären Perspektive verbinden. Die Linke nur auf ihren rechten Rand zu beschränken, gibt nun wirklich nicht die Realität der deutschen Linken wieder - die traurig genug ist.

So vergibt sich die *Progress News* eine wirklich richtige und wichtige Kritik des rechten Rands der globalisierungskritischen

Bewegung, die wir durchaus mit ihr teilen. Tatsächlich ist es aber die Aufgabe von RevolutionärInnen in die Antiglobalisierungsbewegung zu gehen und für revolutionäre Standpunkte zu werben, anstatt sie aus einer sektiererischen Ecke heraus anzugreifen. So verteidigt mensch nur die eigene Weltansicht, um sich selbst vor der Welt zu legitimieren. Ob Ideen und Konzepte geeignet sind die Welt zu verändern, das kann allein die Praxis beweisen. Es ist nichts außer Selbstbefriedigung, allen anderen Linken, die sich nicht als „antideutsch“ verstehen Geschichtsrevisionismus und „Normalisierung deutscher Verhältnisse“ vorzuwerfen, wie es von Seiten der „Antideutschen“, zu denen die Progress News ja gehört, immer wieder getan wird. Und genau da sind wir wieder beim Sektierertum, dem die „Antideutschen“ immer wieder anheim fallen. Sie mythologisieren den „Bruch mit der Gesellschaft“ (alle anderen sind antisemitisch etc. nur wir nicht) und setzen damit eine schlechte Tradition der Linken fort. Der Trennungsstrich zwischen sich selbst und dem Feind wird genau vor den eigenen Füßen gezogen. Der Rest der Welt wird an sich selbst gemessen.

Und da finden wir den logischen Bruch der „Antideutschen“ und auch den des Progress-Textes. Der Verneinung des Kapitalismus steht die Leugnung jeder Möglichkeit, eine größere Zahl von Menschen für revolutionäre Politik zu gewinnen, gegenüber. Die „Antideutschen“ kennen keine Klassen mehr, nur noch Deutsche, von deren „Volksgemeinschaft“ mensch sich abgrenzen müsse. So konstruieren sie einen „Volkscharakter“, dessen höchstes Ziel es ist, in der faschistischen Nation aufzugehen. Der Klassenwiderspruch und breite Emanzipation hat in dieser Ideologie keinen Platz mehr. Deutschland wird eine besondere Gefährlichkeit vor allen anderen Ländern zu geschrieben und bloß noch in Kategorien wie „Volk“ gedacht. Das kennen wir irgendwo her.

### Konzerne nicht verantwortlich?

In diesem Moment verlässt mensch den Boden der gesellschaftlichen Realität und damit gleichzeitig einer Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse. Der Artikel gipfelt in gewisser Weise in folgender Aussage: „Und weder der Staat noch Aktionäre oder multinationale Konzerne sind dafür verantwortlich, dass die Welt in diesem elenden Zustand gerät und darin verbleibt. Denn keineswegs beharrt Chef XY eines weltweit agierenden Konzerns darauf, dass für seine Produktion Trinkwasser vergiftet und Kinderarbeit verrichtet wird.“ Schon wieder ein Satz, der an jedweder Realität vorbei schießt.

Hier wird deutlich, dass der Autor/die Autorin mit aller Gewalt versucht, die Realität in die „antideutschen“ Weltanschauungen zu pressen.

Wenn Kritik an einzelnen agierenden Kapitalisten auch gleichzeitig Antisemitismus ist, dann kann der/die Einzelne auch niemals Gegenstand der Kritik sein und dann kann sich der/die einzelne KapitalistIn auch niemals kritikwürdig verhalten, sonst bricht das ganze „antideutsche“ Weltbild zusammen.

In diesem Zusammenhang sollte nicht unerwähnt bleiben, dass das Beispiel der Wasservergiftung bzw. Brunnenvergiftung uraltes antisemitisches Klischee ist. Uns hat hier also der Autor/die Autorin des Artikels eine kleinen Falle stellen wollen: Indem wir darauf beharren, dass er/sie Brunnen/Wasser vergiftet, würden wir antisemitische Märchen wiederkäuen (wie Brunnenvergiftung, Hostienschändung, Wucher, Kindstötung, etc.).

Die Progress News verschließt hier offensichtlich die Augen vor der Geschichte. Es ist ein leichtes, die Behauptung, kein Chef eines multinationalen Konzerns würde auf die Verwertung des Kapitals in dieser oder jener Form bestehen, zu widerlegen. Es ist vielmehr erschreckend, welche Naivität in dieser Behauptung steckt. Es gibt zwangsweise Dinge, auf die Bosse bestehen, ja bestehen müssen, um im täglichen

Konkurrenzkampf des kapitalistischen Geschäfts ökonomisch überleben zu können. Wäre das nicht der Fall, könnte mensch nicht vom Kapitalismus als „System“ sprechen. Jegliche Analyse und der Versuch ihn zu verstehen wären sinnlos, weil er jede Minute sein Erscheinungsbild grundlegend verändern würde. Nun, auch der/die VerfasserIn des Artikels wird feststellen, dass auch morgen die Wirtschaft noch so funktioniert, dass Lebensmittel im Supermarkt liegen und auch welche darunter sind, die mithilfe extremer Ausbeutung hergestellt wurden (H&M-Kleidung, Jacobs-Kaffee, Coca-Cola usw.) oder die Inflationsrate auch weiterhin ihre Wirkung zeigt, das Bruttosozialprodukt der Industrienationen parallel mit dem Bankkonto einiger weniger KapitalistInnen steigt, aber nicht fällt etc.; die Liste könnte ewig fortgesetzt werden. Es scheint also tatsächlich alltäglich wiederkehrende Wirkungsgesetze zu geben, an die auch der „Chef XY“ gebunden ist. Schließlich versteht auch der/die AutorIn den Kapitalismus als „Wirtschaftssystem“, umso bemerkenswerter, dass nun dem „Chef XY“ ein gewisser Handlungsrahmen, in dem er sich bewegen muss, abgesprochen wird - und manchmal ist der eben nicht groß. Die Analyse des Kapitalismus scheint nicht gerade eine Stärke der Progress News zu sein.

Aus der Fülle der tagtäglichen Schweinereien der Bourgeoisie sei hier ein Beispiel ausgewählt. Es geht hier zwar nicht um Wasservergiftung sondern um Asbestose, aber es soll uns trotzdem genügen, die naive Feststellung des Autors/der Autorin zu widerlegen.

Im November 2002 berichtete das staatliche Fernsehprogramm 3sat in einer Sendung, die in der Schweiz produziert wurde folgendes:

In Nicaragua unterhält die Firma Amanco eine Fabrik, in der ArbeiterInnen mit Asbest umgehen müssen. Der Firmenchef hielt es nicht für nötig, „seine“ ArbeiterInnen darüber aufzuklären, dass Asbest höchst krebserregend ist. Statt dessen wurden noch abgenutzte Förderbänder an die Arbeitenden verkauft, die sich daraus Klappbetten bauten. Nach 12 Stunden Arbeit in der Fabrik hatten sie nun das Asbest ca. 18 Stunden am Tag um sich. Von den ca. 600 Arbeitern leiden viele an starken Atemswegerkrankungen, 120 im Dorf bereits an Asbestose. Die ArbeiterInnen forderten angemessene Schutzkleidung, nachdem sie jahrelange nur mit T-Shirt und Hose bekleidet das Asbest bearbeiten mussten. Der Firmenchef bestritt einen Zusammenhang zwischen den Krankheiten und dem Asbest in seiner Fabrik. Die Arbeitenden forderten für ihre dahinsiechenden Kollegen eine medizinische Versorgung, die der Chef ablehnte. Stattdessen wurde



England: GegnerInnen der kapitalistischen Globalisierung fordern auf ihren Transparenten: „No War But Class War“

von Amanco eine Stiftung namens Nicalit gegründet. Diese beauftragte „unabhängige“ Ärzte, die allesamt auch keinen Zusammenhang feststellen konnten. Es gab Kundgebungen und Demos auf denen der Chef zur Rede gestellt wurde. Es hatte keinen Zweck, die notwendigen Behandlungen wurden nicht bezahlt, die Familien wurden jetzt, wo einE KrankeR hinzu kam, noch ärmer. Ärzte und Anwälte für die Betroffenen sind weit weg in der Hauptstadt und unbezahlbar. Es war für den Kapitalisten, dessen Namen auch in der Reportage genannt wurde, einfach billiger, ohne Arbeitsschutz produzieren zu lassen - zum Wohle seiner Profite. Übrigens ist es kein Einzelfall, dass Chefs „ihre“ ArbeiterInnen lieber an Asbestose sterben lassen, anstatt ihre Gewinne zu schmälern, dass mussten auch GleisbauarbeiterInnen in England erfahren. Sie bezahlen mit dem Leben.

Gerade die Literatur der ArbeiterInnenbewegung überliefert hunderte Beispiele, wo der Profit mehr wert ist als menschenwürdiges Leben. In diesem Lichte ist es wirklich fraglich, wer hier welchen gesellschaftlichen Zusammenhang verblendet. Die millionenschweren Manager der Konzerne (McDonalds, Mannesmann, Coca-Cola, General Motors usw.) müssten sich nur durchringen, den Lohn ein bisschen anzuheben, um ganz entscheidend den Lebensstandard Tausender ArbeiterInnen zu verbessern. Bei einigen Firmen würde es schon reichen, wenn sie überhaupt gewerkschaftliche Arbeit zuließen (McDonald's, Pizza-Hut) oder einfach nicht Gewerkschafter ermorden lassen würden (Coca-Cola in Kolumbien, Nestlé etc). Die Behauptung der Progress News, die eigentlich schon Ignoranz ist, macht einfach nur wütend.

## Das Kapital ist imperialistisch - doppelter Antisemitismus?

*„Es ist also nicht möglich, bestimmt Gruppen oder gar Einzelpersonen zur Verantwortung zu ziehen. Die Suche nach den Urhebern endet meist irgendwo beim ‚Spekulantenschwein‘, dem ‚international operierenden Finanzkapital‘, dem ‚imperialistischen Amerika‘ oder gleich in offener und direkter Form beim sogenannten ‚Weltjudentum‘. Dass diese Projektionsflächen austauschbar sind, fällt den selbsternannten ‚OpfervertreterInnen‘ nicht auf. Doch gerade weil die Projektionsflächen beim Antisemitismus austauschbar sind steckt hinter dem sogenannten strukturellen Antisemitismus die gleiche Ideologie, nur unter leicht variierten Vorzeichen.“* heißt es weiter im Artikel der Progress News.

Tatsächlich sprechen Antisemiten oft davon, dass hinter dem Finanzkapital das



**Antisemitismus:** Zum Beispiel KapitalistInnen sagen und Jüdinnen und Juden meinen. Aber ist eine Klassenanalyse des Kapitalismus generell antisemitsch?

„Weltjudentum“ stecke, aber das entbehrt jeglicher Grundlage in der Realität. Progress enttarnt nun furios sämtliche KritikerInnen des „imperialistischen Amerika“ oder der Bourgeoisie als Antisemiten. Möglich wird diese Erkenntnis durch das gern von „Antideutschen“ verwendete Analysemuster „Du sagst A (Bourgeoisie), meinst aber eigentlich B (international operierende Spekulanten aus New York) und das ist gleich C (jüdische Weltverschwörung)“. Auf diese Weise kommen die völkischen Kollektivverurteilungen der meisten „antideutschen“ Sekten zustande.

Aus allen Menschen, die erkannt haben, dass sich der Kapitalismus im Stadium des Imperialismus befindet werden nach „antideutschem“ Verdrehungsmuster Antisemiten. Als Begründung muss die „Projektion“ herhalten. Hier würde sich nicht nur Lenin, sondern auch Sigmund Freud im Grab umdrehen.

### Lenins Imperialismustheorie

Lenin belegt in seinem Werk „Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, dass seit ca. 1900 der Kapitalismus in ein neues Stadium, weg vom Kapitalismus der freien Konkurrenz, hin zum mo-



**Nicht nur Eiskugeln können verschmelzen:** Seit ca. 1900 zeigt sich die monopolistische Tendenz des Kapitalismus in einer neuen Qualität

opolistischen Kapitalismus mit weltweiten Bestrebungen eingetreten ist.

Lenin analysiert in diesem Text etwas, dass bürgerliche Ökonomen damals mit sehr viel Ärger, Angst und Unverständnis ebenfalls erkannt haben. Der Kapitalismus entzieht sich mehr und mehr seiner Haupttriebkraft: der Konkurrenz; indem immer mehr Betriebe in die Hände immer größerer Konzerne fallen. Lenin analysierte auf dem Boden der Faktenlage; Völker und Religionsgemeinschaften waren dabei unbedeutend, entscheidend war die Klassenanalyse. Er legt dar, wie sich aus dem anfänglichen Kolonialismus der Bourgeoisie und ihrer Staaten der Imperialismus entwickelte. Er zeigt, wie und warum die Konzentration der Produktion des herrschenden Wirtschaftssystems auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung zum Monopol führt. Das diese neu entstanden Monopole einen ungeheuren Bedarf an Kapital haben und das infolge dessen das Bankwesen mit der Industrie verschmilzt. Eine der wichtigsten Operationen dieses Komplexes, den Lenin das Finanzkapital nennt, wird der Kapitalexport zur Sicherung von Rohstoffquellen im Ausland. Lenin zeigt, wie die kolonialistische Aufteilung der Welt in Machtsphären beendet wird und der Kapitalismus in das neue Stadium des Imperialismus eintritt, in dem es „nur“ noch um eine Neuaufteilung und ständigem Kampf um Länder geht. Mal friedlich in Form von Kreditvergabe/„Entwicklungshilfe“, bald kriegerisch. Dadurch, so Lenin, würden die Widersprüche innerhalb des Kapitalismus verstärkt.

Die Progress News sieht stattdessen in jeder Kritik an dem zur Zeit noch mächtigsten Vertreter des Imperialismus, der USA, Antisemitismus in versteckter oder „struktureller“ Form. Doch die EU versucht den USA den Rang abzulaufen. Dies kann auch tatsächlich geschehen. Werden die „Antideutschen“ die wachsende Kritik am europäischen Imperialismus auch bald als Antisemitismus bezeichnen?

### Kritik an der Anti-Kriegs-Bewegung

Der Artikel fährt fort mit der Bewertung der Anti-Bush-Demonstrationen. In der Kritik der Progress News an der Anti-



**Rassismus oder subversive Aktion?** Verbrennung einer Flagge.

kriegsbewegung findet sich ein wahrer Kern. Tatsächlich ist es zu kritisieren, wenn auf solchen Demos US-Flaggen verbrannt werden und die Alleinschuld an Krieg und Zerstörung dem amerikanischen Präsidenten Bush gegeben wird. Zu begreifen, dass Bush, Blair, Schröder und Co. nur Charaktermasken sind, hinter denen sich die jeweiligen nationalen imperialistischen Interessen verbergen, darin liegt jede Menge sozialer Zündstoff. Sowohl eine Personifizierung des Bösen als auch die bloße Kritik daran, die nicht versucht aufzuklären und die wirklichen Verhältnisse vom Kopf auf die Füße stellt, hilft uns im Verständnis nicht weiter, welche Interessen die imperialistischen Staaten antreiben. Nur einige PolitikerInnen, nicht die gesamte Kapitalistenklasse verantwortlich zu machen, schürt vor allem Illusionen in das herrschende System, das ja nach gewissen Gesetzmäßigkeiten funktioniert, die mensch nicht einfach wegreformieren kann. Aber in die Bewegung zu gehen und darin für den revolutionären Standpunkt zu werben, das aber gelingt den „Antideutschen“ nicht. Abseits steht es sich bequemer.

### Ein sehr reales Herrschaftsverhältnis

Am Ende des Textes erfahren wir: „[...] der Kapitalismus ist eben kein direktes Herrschaftsverhältnis von Menschen über Menschen.“ Mensch kann sich jetzt darüber streiten, ob der Kapitalismus nun ein direktes Herrschaftsverhältnis ist oder ein indirektes. Fest steht jedoch, es ist ein Herrschaftsverhältnis von Menschen über Menschen. Und dieses Verhältnis ist sehr real. Es drückt sich in dem Zwang aus, vor der Wahl zu stehen, entweder arbeiten gehen zu müssen oder vor Hunger zu streben. Oft wird dagegen eingewendet, dass es niemandem schlecht gehen müsse aufgrund von sozialen Sicherungssystemen. Diese Argumentation vergisst aber, dass das Geld, welches die Sicherungssysteme speist, nicht vom Himmel gefallen ist, sondern auch erarbeitet werden musste. Dabei ist es interessant zu erwähnen, dass der An-

teil der Lohnsteuer am gesamten Steueraufkommen stetig zunimmt und der Anteil von Körperschafts- und Vermögenssteuer stetig abnimmt. Letzterer seit 3 Jahren sogar bei Null liegt. Dies wirft im übrigen auch Licht auf die Klassennatur des Staates.

Die Herrschaft des Kapitalisten/der Kapitalistin über „seine“/„ihre“ ArbeiterInnen geschieht vermittels Kapital. Entweder mensch besitzt (und kann somit andere Menschen für sich arbeiten lassen) oder eben nicht (und ist somit gezwungen, sein Leben lang zu arbeiten oder aber im Lotto zu gewinnen). Natürlich gibt es noch Klassen dazwischen, die Marx das Kleinbürgertum nennt, aber um die soll es hier nicht gehen. Auch ist das Herrschaftsverhältnis sehr real, wenn Diktatoren in Afrika ihre Armeen mit französischer „Wirtschaftshilfe“ ausstatten, um Aufständische niederzuschießen. Hinter all dem stehen Interessen - nicht das „Weltjudentum“, sondern imperialistische Interessen, ein Interesse zur Gewinnmaximierung und Sicherung von Einfluss und Profit.

Sehr real sind aber auch die Verhältnisse unmittelbar vor unserer eigenen Haustür.

### Das Kapital kennt nur eine Religion: den Profit

Entgegen den Behauptungen von *progress* hat das Kapital in diesem Lande einen Namen und ein Gesicht. Die 10 reichsten der deutschen Bourgeoisie möchten wir nun vorstellen. In den Klammern befindet sich das jeweilige Unternehmen und der Kontostand der Person (Stand: Frühling 2002)\*:

1. **Theo Albrecht** – Aldi Nord – **14,6 Mrd. Euro**;
2. **Karl Albrecht** – Aldi Süd – **12,6 Mrd. Euro**;
3. **Susanne Klatten** – Altana (Pharma), BMW – **7,5 Mrd. Euro**;
4. **Werner Otto** – Otto Versand, ECE (Immobilien) – **6,6 Mrd. Euro**;
5. **Reinhard Mohn** – Bertelsmann –

- 5,7 Mrd. Euro;
6. **Familie von Holtzbrinck** – Verlagsgruppe Holtzbrinck – **5,6 Mrd. Euro**;
7. **Friedrich Karl Flick** – Aktien, Immobilien – **5,4 Mrd. Euro**;
8. **Curt G. Engelhorn** – vorm. Boehringer Mannheim – **4,7 Mrd. Euro**;
9. **Hasso Plattner** – SAP-Mitbegründer – **4,7 Mrd. Euro**;
10. **Familie Reimann** – Reckitt Benckiser, Coty (Kosmetik) – **4,6 Mrd. Euro**.

Wir wissen nicht welche dieser Menschen jüdischen Glaubens sind oder welche Haarfarbe sie haben und für uns spielt es auch nicht die geringste Rolle!

Wenn *progress* behauptet, jeder Mensch wäre gleich viel mit dem Kapitalismus verbunden und es wäre überflüssig, zwischen ihnen einen Unterschied zu machen, so resultiert eine solche Aussage entweder aus einem Unvermögen die gesellschaftlichen Strukturen in einer kapitalistischen Welt zu erkennen und zu analysieren oder aus blinder Ignoranz. Wir nehmen an, dass letzteres bei der Überschreitung eines gewissen Grades „Antideutschums“ einsetzt. *Progress* denkt nur noch in völkischen Dimensionen - sie kennen keine Klassen, sondern nur Deutsche.

Doch gerade das Erkennen von NutznießerInnen und Ausgebeuteten im Kapitalismus macht eine Praxis, die darauf ausgerichtet ist den Kapitalismus zu überwinden, überhaupt erst möglich, andernfalls bleibt alles hohle Phrase und die Frage, wer ihn überwinden soll, unbeantwortet!

Wie Eingangs bereits erwähnt, scheint uns die wichtigste Gemeinsamkeit mit dem *Progress*-Text die Einsicht zu sein, dass wir rassistisches und antisemitisches Denken erst dann dauerhaft bekämpfen können, wenn der Kapitalismus überwunden ist. Im Kampf zur Erreichung dieses Zieles sollten wir dieses Denken, dort, wo es *tatsächlich* vorkommt, mit aller Vehemenz bekämpfen.

Wir hoffen, dass es zu vermehrten Diskussionen über Behauptungen der „Antideutschen“ kommt. Den dreisten Verdrehungen der gesellschaftlichen Zusammenhänge durch den *Progress*-Artikel, die für jedeN kritischeN LinkeN eine offene Herausforderung sind, können wir nur etwas entgegensetzen, wenn wir bei unserer Analyse nicht den Boden der Realität verlassen.

\* Eine umfangreiche Betrachtung über die Kapitalverteilung in der BRD und ihre Klassennatur kann bei uns bestellt werden: „Die Internationale Theorie“, Heft 13: „Eigentum verpflichtet – zu nichts“.



# Zitat des Artikels aus der Progress News: McDonald's tötet!

Wer kennt sie nicht diese Sprüche gegen „multinationale Konzerne“ oder im Zweifelsfalle gleich gegen den imaginierten Hauptfeind des Weltfriedens: die Vereinigten Staat von Amerika.

Derartige Parolen resultieren aus einem Verständnis der Welt, welches auf einer Einteilung der Welt der kapitalistischen Warenproduktion in Gut und Böse, in TäterInnen und Opfer aufbaut.

Die unpersönlichen Verhältnisse des Kapitalismus werden zu persönlichen umgekehrt. Die Urheberschaft für das, was sich an Negativem aus diesem Wirtschaftssystem ergibt, wird Einzelnen angelastet. Die Schuldfrage scheint also geklärt zu sein, nicht der Kapitalismus als großes Ganzes soll abgeschafft werden, sondern nur seine modernen Ausläufer. Also jene multinationalen Konzerne auf die in der Überschrift angespielt wird. Das führt dann stellenweise auch soweit, dass der Staat angerufen wird, als Beschützer vor den „global players“. Aber gerade der Staat kann und will diesen Dienst nicht leisten, was bei Betrachtung der Abhängigkeiten zwischen Staat und dem kapitalistischen Wirtschaftssystem schnell klar wird.

Und weder der Staat noch Aktionäre oder multinationale Konzerne sind dafür verantwortlich, dass die Welt in diesem elenden Zustand gerät und darin verbleibt.

Denn keineswegs beharrt Chef XY eines weltweit agierenden Konzerns darauf, dass für seine Produktion Trinkwasser vergiftet und Kinderarbeit verrichtet wird.

Es ist also nicht möglich, bestimmt Gruppen oder gar Einzelpersonen zur Verantwortung zu ziehen. Die Suche nach den Urhebern endet meist irgendwo beim „Spekulantenschwein“, dem „international operierenden Finanzkapital“, dem „imperialistischen Amerika“ oder gleich in offener und direkter Form beim sogenannten „Weltjudentum“. Dass diese Projektionsflächen austauschbar sind, fällt den selbsternannten „OpfervertreterInnen“ nicht auf. Doch gerade weil die Projektionsfläche austauschbar sind steckt hinter dem sogenannten strukturellen Antisemitismus die gleiche Ideologie, nur unter leicht variierten Vorzeichen.

E ist z.B. nur ein sehr kleiner Schritt zwischen der Verbrennung der US-amerikanischen Flagge sowie der Darstellung des amerikanischen Präsidenten als Satan mit blutendem Mund und dem Bild des übel raffgerigen Juden der das Schicksal der Welt aus dem Hintergrund bestimmt. Das erstere bei den Anti-Bush-Demonstrationen und einem Großteil der Antikriegsaktionen und letzteres in Nazi-Deutschland beliebt war, fällt da offenbar kaum noch ins Auge.

Die hier aufgestellten Personifikationen

des Bösen, auch struktureller Antisemitismus genannt, funktionieren jedoch nur unter einer totaler Verkennung der realen Verhältnisse, denn der Kapitalismus ist eben kein direktes Herrschaftsverhältnis von Menschen über Menschen. Im Gegenteil - er funktioniert über die totale Vergesellschaftung, denn alle ob als Produzenten oder Konsumenten nehmen daran teil, egal ob sie Produkte bei dem „Eine Welt Laden“ oder bei „McDonald's“ kaufen. Es sind also alle im gleichen Maße verantwortlich oder eben nicht verantwortlich für die negativen Auswirkungen, die sich ergeben aus der Produktion von Konsumgütern.

Dies sollte aber kein Ansporn sein sich von den Versprechungen des Kapitalismus (Glück, Individualität, Wunschbefriedigung, ständige Modernisierung) zu distanzieren, um in völliger Enthaltbarkeit sein Leben zu fristen; die Erfüllung dieser Versprechen ist radikal einzufordern und zwar für alle Menschen. Denn erst aus der prinzipiellen Unfähigkeit des Kapitalismus, diese einzulösen, ergibt sich eine Notwendigkeit, ihn zu überwinden.

Quelle: McDonald's tötet!, in: Progress News. Zeitschrift gegen den gesellschaftlichen Verblendungszusammenhang, 02. Ausg. (Dezember 2002) S. 08-09.



Potsdam: Anti-Nazi-Demo im Dezember 2002

# Germanozentrismus in antideutscher Verkleidung



Es gibt viele Arten, sich von sozialistischer Politik zu verabschieden: Hinwendung zur Sozialdemokratie, zum Liberalismus, zur Esoterik oder schlicht zum Privatleben<sup>6</sup>. Seit einiger Zeit gibt es eine neue Art: die sogenannte antideutsche Bewegung. Sie hat keine breite soziale Basis und dürfte sich kaum zu einer Massenbewegung entwickeln, das gehört zu ihrem Programm. Diese Strömung dominiert jedoch eine Reihe Zeitschriften, die in radikaleren Kreisen der Linken viel gelesen werden (konkret, bahamas, 17°C etc.) und ist dabei, die einzige linke Tageszeitung (junge welt) zugrunde zu richten<sup>1</sup>.

Sie vereinigt einige der schlechtesten Traditionen der deutschen Linken: Die sektiererische Gewohnheit, den Trennungstrich zum Feind exakt vor den eigenen Fußspitzen zu ziehen und den Rest der Welt an der Reinheit der eigenen Lehre zu messen. Die elitäre Sichtweise von Menschen als Material für ideologische Planspiele, sowie die Fähigkeit, unbequeme Wahrheiten zu ignorieren und Widersprüche mit der ideologischen Dampfwalze einzuebnen. Außerdem handelt es sich um eine Mogelpackung. „Antinationale Politik ist linksradikale Politik und hat die Rekonstruktion revolutionärer Politik zum Ziel. Sie ist zu-

gleich internationalistische Politik“, wird im Aufrufentwurf für den 8. Mai behauptet<sup>2</sup>. Leider stimmt nichts davon.

Die „antideutsche“ Bewegung leugnet jede Möglichkeit, in der BRD eine größere Zahl von Menschen für revolutionäre Politik gewinnen zu können. Das dürfte die „Rekonstruktion revolutionärer Politik“ beträchtlich erschweren, wäre aber noch keine so ungewöhnliche Haltung in einer ermüdeten Linken. Die „antideutsche“ Bewegung jedoch definiert die „Massen“ als Feind, mit dem es keine Zusammenarbeit geben dürfe: „Wir lehnen (...) jede positive Bezugnahme auf die Bevölkerung und deren „eigentliche“ Interessen ab.“<sup>3</sup>

Die „antideutsche“ Bewegung kennt keine Klassen mehr, sie kennt nur noch Deutsche, von deren „Volksgemeinschaft“ man sich abgrenzen müsse. Sie konstruiert einen deutschen „Volkscharakter“, dessen höchstes Ziel es ist, in der faschistische Nation aufzugehen. Folglich kann der Klassenwiderspruch keine politische Bedeutung haben. Mehr noch: Klassenkampf und Kampf um gesellschaftliche Emanzipation gelten als Kollaboration mit der Nation. Damit und mit jeder Form von Massenpolitik müsse gebrochen werden, vielmehr soll die Linke „die Beziehung des heutigen

Deutschland zum NS-Deutschland hierzulande als den zentralen Ausgangspunkt und die Hauptschwierigkeit „fortschrittlicher Politik“ ausmachen<sup>4</sup>.

Dem deutschen Imperialismus und der deutschen Bevölkerung – aus „antideutscher“ Sicht kann zwischen beidem nicht getrennt werden – wird überhistorisch eine besondere Gefährlichkeit zugeschrieben, die sie qualitativ von anderen imperialistischen Staaten und ihrer Bevölkerung unterscheidet. „Je mehr sich die Deutschen von ihrer Vergangenheit befreit fühlen, desto deutlicher treten Momente eines Wiederholungszwanges zutage. (...) die modifizierte Fortsetzung des Alten“, wobei sich „zentrale Elemente der alten deutschen Reichspolitik neu entfalten und neue Katastrophen vorzubereiten beginnen.“<sup>5</sup>

Diese Einschätzung ist nicht nur falsch. Sie führt bei der „antideutschen“ Bewegung auch zu antiinternationalistischen Schlussfolgerungen. „Im Kampf gegen Deutschland wird es auf lange Sicht keine anderen Verbündeten geben als jene internationale Linke, die in Kenntnis der Vergangenheit die Gegenwart des deutschen Imperialismus zu bekämpfen und dessen Zukunft zu vereiteln sich vorgenommen hat.“<sup>6</sup>

Praktisch bedeutet das, dass alle, die sich den „antideutschen“ ideologischen Vorgaben nicht beugen, der Verdammnis verfallen. So erfolgt unter dem Vorwand der Nationalismus-Kritik eine Entsolidarisierung gegenüber dem kurdischen Befreiungskampf, während Serbien vom Nationalismus-Verbot ausgenommen wird. Das Kriterium dabei ist eben nicht Antinationalismus bzw. das Fehlen von Nationalismus, oder, wie ebenfalls behauptet wird, das Bündnis „mit Linken derjenigen Länder, auf die die deutsche Herrschafts- und Ausbeutungsstrategie heute vorrangig zielt“<sup>7</sup>, sondern Übereinstimmung mit den „antideutschen“ Konzepten.

Das ist nicht nur Eurozentrismus, son-

<sup>6</sup> Verfasser des Textes: Harry Tuttle. Dieser Artikel aus dem Jahre 1995 ist erstmals erschienen in der Reihe „Die Internationale Theorie“, Heft 9: „Europa und das Ende des Zweiten Weltkriegs“, herausgegeben vom Revolutionär Sozialistischen Bund / IV. Internationale. Dieses und andere Hefte können bei uns bestellt werden (Anm. RSB-Pdm).

dern schon Germanozentrismus: am vermeintlichen deutschen Wesen wird die Welt gemessen. Dabei kommt die „ewige Nation“ ziemlich schnell zur Hintertür wieder herein; und ein Teil der germanozentristischen Polemik ist sogar von rassistischen und antiislamischen Vorurteilen durchdrungen.<sup>8</sup> Vor allem aber knüpft der Germanozentrismus an die autoritäre Tradition in der Linken an. Jedes Bewusstsein, jedes Interesse für gesellschaftliche Kräfte und Prozesse ist verlorengegangen; Fortschritt ist nur noch als Folge äußeren Zwanges vorstellbar.

Das ist das Gegenteil revolutionärer Politik. Äußerer Zwang kann notwendig sein, aber nur, um bei der Befreiung Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Eine befreite Gesellschaft kann jedoch nicht durch Zwang geschaffen werden. Das zeigte sich auch nach dem 8. Mai 1945. Die Welt konnte von der Nazi-Herrschaft befreit werden, doch die gesellschaftliche Emanzipation wurde schnell wieder gebremst, im Westen wie im Osten.

Der Germanozentrismus dagegen ignoriert den widersprüchlichen Charakter des Zweiten Weltkrieges ebenso wie die Tatsache, dass es sich eben um einen Weltkrieg handelte, der nicht nur aus deutscher Perspektive betrachtet werden darf. Ernest Mandel hat den Zweiten Weltkrieg aus revolutionär-sozialistischer Sicht analysiert. Auf dieses Buch, aus dem ein Kapitel in dieser Broschüre abgedruckt ist, sei hier verwiesen, denn die Auseinandersetzung mit den germanozentristischen Thesen kann im Rahmen dieses Artikels nicht umfassend erfolgen\*.

## Moral Bombing

Auf Veranstaltungen und Aktionen hat die „antideutsche“ Bewegung unter dem Leitsatz „Keine Träne für Dresden“ ihre vorbehaltlose Unterstützung für den Bombenkrieg gegen die Zivilbevölkerung kundgetan: „Ihre (der westlichen Alliierten, A.d.A.) Maßnahmen gegen Nazi-Deutschland - Stichwort ‚Bomber Harris, - sind gegen das Geheul der alten Volksgemeinschaft aller Deutschen jedoch uneingeschränkt in Schutz zu nehmen bzw., wenn überhaupt, nur aus der Perspektive der nationalsozialistischen Opfer (gemeint ist: Opfer des NS, A.d.A.) zu kritisieren, die unter Umständen eher befreit oder gerettet hätten werden können, wenn Churchill Deutschland früher und entschlossener angegriffen hätte.“<sup>9</sup>

Die Bombardierung Dresdens, so Elsäs-

ser<sup>10</sup> sei militärisch und politisch notwendig gewesen. Er unterschlägt die zweite strategische Option der Westalliierten: die Bombardierung von Industrie, Militär und Infrastruktur. Es ist nicht eindeutig nachweisbar, dass diese Strategie ein schnelleres Ende des Krieges herbeigeführt hätte, die Wahrscheinlichkeit jedoch ist groß. Entscheidend aus revolutionärer Perspektive allerdings ist die Frage der politischen Notwendigkeit.

Elsässer behauptet, dass es „in Nazi-Deutschland keine nennenswerten Widersprüche zwischen Führern und Geführten gab – von individuellen abgesehen.“<sup>11</sup> Und im Aufrufentwurf<sup>12</sup> heißt es: „In Hitler sahen die VolksgenossInnen ihr Selbst verkörpern (...) Unfähig, sich als Individuen mit ihrer Umwelt zu vermitteln, entledigten sich die Deutschen ab 1933 der Individualität (...) Am Kapitalismus hassten sie nur das, was ihn vom Raubmord unterschied (...) ‚Geld und Geist, das Abstrakte (...) Die ökonomische Unvernunft war Programm. Antisemitismus ist der Luxus des Volkes.“

Auschwitz wird damit zum Ausdruck der „deutschen Volkseele“. Das ist finsterster völkischer Mystizismus, und da verwundert es wenig, dass die Germanozentristen auch in der Frage des Krieges faschistische Ideologie wiederkäuerten: Im „totalen Krieg“ gibt es keine Zivilbevölkerung mehr. So dachte der faschistische Militärtheoretiker Douhet, dessen Doktrin sich schließlich im Bomber Command durchsetzte.

Sie beruhte auf der Vorstellung, durch Bombardierung der Zivilbevölkerung ließe sich ein Zusammenbruch der „Heimatfront“ erreichen. Was im Ersten Weltkrieg durch einen revolutionären Aufstand geschah, sollte nun im wahrsten Sinne des Wortes von oben erzwungen werden – ein typisches Beispiel für militaristisches Denken, das in der Zivilbevölkerung nur Manövriermasse sehen kann.

In den Kolonialkriegen waren schon vorher Massenvernichtungswaffen gegen

ZivilistInnen eingesetzt worden. In Guernica bombardierte die Nazi-Luftwaffe erstmals eine Stadt. Mit der gezielten Bombardierung der deutschen und japanischen Zivilbevölkerung durch die Westalliierten wurde das Kriegsrecht, das eine solche Strategie verbot (und theoretisch bis heute verbietet), dauerhaft verwässert. Nach Hiroshima wurde die Zivilbevölkerung endgültig zur Geisel der Generäle.

Der Germanozentrismus hat die Doktrin vom notwendigen Krieg gegen die Zivilbevölkerung vollständig übernommen. Elsässer behauptet: „In Italien hatte das *moral bombing* nachweisbar dazu beigetragen, dass große Gruppen der italienischen Arbeiterschaft im März 1943 offen gegen das faschistische Regime auftraten, weil dieses, im Hagel der Bomben nicht nur als korrupt sondern auch als machtlos und unfähig dastand.“<sup>13</sup>

Natürlich trug die militärische Schwächung des Regimes dazu bei, dass Widerstand sich offen formieren konnte. Einen ursächlichen Zusammenhang zwischen der Bombardierung der Zivilbevölkerung und der Resistenza herzustellen, kann nur Leuten einfallen, denen gar nicht mehr in den Sinn kommt, dass sich Menschen womöglich aus eigenem Antrieb am Befreiungskampf beteiligen. Leider steht diese Sichtweise symbolisch für die Haltung Elsässers und großer Teile der „antideutschen“ Bewegung zum Befreiungskampf überhaupt.

*Moral bombing* ist das Gegenteil von revolutionärer Politik, die nie Krieg gegen die Zivilbevölkerung sein kann. Dafür gibt es nicht nur moralische, sondern auch strategische Gründe: Die Menschen sollen sich ja nicht ducken, sondern aufstehen. Der Bombenkrieg gegen ZivilistInnen ist kennzeichnend für autoritär-militaristische Politik, und es ist unsinnig, diese zu rechtfertigen, bloß um eine bequeme Gegenposition zu den offiziösen Gedenkfeiern zu haben.

Revolutionäre Politik weist die völkische



Dresden nach dem Bombenangriff 1945: Wollten die Alliierten nur möglichst viele Nazis töten?

\* Das Buch von Ernest Mandel „Der Zweite Weltkrieg“ kann ebenfalls beim RSB bestellt werden (ISBN 3-88 332-137-0) (Anm. RSB-Pdm).

Sichtweise zurück, die sowohl Germanozentrismus als auch offiziöse Gedenkfeiern dominiert. Beide Seiten argumentieren aus der Sicht des „Deutschtums“, die einen, um aufzurechnen und die Nazi-Verbrechen zu relativieren, die anderen, um die Bombardierungen als gerechte und noch viel zu geringe Strafe darzustellen. Auch dazu muss das „Deutschtum“ zum Subjekt der Geschichte werden, mehr noch: zum kollektiven Subjekt, das den Tod verdient hat. Widerstand darf es nicht gegeben haben.

Doch auch wenn der Widerstand in Deutschland schwächer war als in den meisten eroberten Staaten, so ist es schlicht falsch zu behaupten, dass „in der Schlussphase des Nationalsozialismus die zerbröckelnde Staatsgewalt nicht mehr notwendig war, um die im Selbstlauf sich in Regimetreue übertreffende Gemeinschaft der Deutschen zu disziplinieren.“<sup>14</sup> Sowohl die Nazis als auch ihre deutschnationalen Widersacher vom 20. Juli waren sich der „Volksgemeinschaft“ alles andere als sicher, und auch die Alliierten hatten Sorge vor der sozialen Revolution.

Schlicht unverschämt ist dies: „Geschichtsrevisionistisch ist nicht nur die ‚Auschwitz-Lüge‘, sondern auch die Behauptung, es habe relevanten Widerstand gegen den NS in Deutschland gegeben.“<sup>15</sup> Abgesehen davon, dass die Nazis kaum einen solchen Terrorapparat aufgebaut und mehrere Millionen politische Oppositionelle und soziale AbweichlerInnen verfolgt hätten, wenn es mit der „Volksgemeinschaft“ so wunderbar geklappt hätte, fragt man sich wirklich, woher die Germanozentristen die Frechheit nehmen, entscheiden zu wollen, was damals „relevanter Widerstand“ war. Man ist heute wählerisch. Unter den deutschen AntifaschistInnen sollen jetzt alle jene ausgegrenzt werden, die damals keine hinreichend „antideutsche“ Position vertreten haben, mit „Respekt“ allerdings.<sup>16</sup>

## Der „deutsche Sonderweg“ und die Absage an die „Massen“

Der Mythos vom einigen Volk, das hinter seinem Führer stand, ist die Grundlage der germanozentristischen Politik, denn die Nazi-Herrschaft wird als höchster Ausdruck der deutschen Volksseele gewertet. Deren Wurzeln nun werden in der Geschichte geortet, und hier wird einmal mehr deutlich, dass die Germanozentristen sich gesellschaftliche Veränderung nur als Folge äußeren Zwanges vorstellen können: „Hat nicht Napoleon sehr erfolgreich bürgerliche Verkehrsformen, Menschenrechte und den zivilisatorischen Mindeststandard des Code Civile auf den Spitzen seiner Ba-

jonette nach ganz Europa exportiert?“<sup>17</sup>

Er hat nicht. Die bürgerliche Revolution ist kein Exportartikel, und die Wirkung der napoleonischen Eroberungen war zumindest zwiespältig. Monarchien und Feudalstaaten wurden erschüttert, zugleich aber diskreditierte die französische Besatzung jene Ideale, die sie zu verbreiten vorgab, eben weil sie eine Besatzungsherrschaft war. Das hat nicht nur in den Territorien des späteren deutschen Reiches, sondern überall zwischen Moskau und Kairo die völkischen gegenüber den demokratisch revolutionären Tendenzen im entstehenden Nationalismus gestärkt.

Es überrascht wenig, dass nach Elsässers Ansicht insbesondere Deutschland der demokratischen Nachhilfe von außen bedurfte „Die Durchsetzung der parlamentarischen Demokratie, die Zerschlagung vorbürgerlicher Autoritätsstrukturen und der sie tragenden junkerlich-militaristischen Eliten wurde durch den Sieg der Alliierten in den beiden Weltkriegen durchgesetzt oder auf Grundlage dieser Siege verordnet.“<sup>18</sup> Bezüglich des Ersten Weltkrieges ist das eine haarsträubende Geschichtsfälschung. Die revolutionäre Entwicklung der Jahre 1918/19 passt nicht ins Deutschland-Bild Elsässers, folglich kann es sie nicht gegeben haben.

Nach germanozentristischer Ansicht wollte sich in Deutschland das Proletariat in die Volksgemeinschaft integrieren, wollte im Staat aufgehen, „um dessen bloße Ausgestaltung zum ‚Volksstaat‘ die ArbeiterInnenbewegung rang, als Sachwalter von Kapital und Arbeit zugleich.“<sup>19</sup> Die ArbeiterInnenbewegung so auf die rechte Sozialdemokratie zu reduzieren ist auch eine Art von Geschichtsrevisionismus.

Die „antideutsche“ Ideologie endet so in ihrer eigenen Version der „ewigen Nation“, denn diese „innere Struktur der Volksgemeinschaft blieb erhalten, das Kollektiv, das keinerlei individuelle Verantwortlichkeit kennt und daher weder Rationalität noch

Zufriedenheit, projiziert die Zuständigkeit fürs eigene Befinden nach außen, zu den halluzinierten Feinden, derer es genug gab: Kommunismus, Terrorismus und Mafia z.B. (...) Wer hier Politik machen wollte, musste auf diese Form der Vergesellschaftung zurückgreifen.“ Nach dem Anschluss nun fiel „das letzte Hemmnis des kollektiven Hasses, die alliierte Besatzung“ weg, und die ewig unzufriedenen und ökonomisch nutzlosen Untertanen werden „ihre Nützlichkeit für die Politik daher umso aggressiver (...) unter Beweis zu stellen versuchen (...) – da läßt sich keine Massenorientierung, mehr herstellen, die nicht verbrecherisch wäre.“<sup>20</sup>

Das bizarre Weltbild geht vermutlich auf Wolfgang Pohrt's pseudowissenschaftliches Elaborat „Der Weg zur inneren Einheit“<sup>21</sup> zurück. Es verwurs(ch)tet Versatzstücke verschiedener soziologischer Theorien (unter anderem Elias und Adorno), ohne jedoch eine wirkliche Analyse zu unternehmen. Am Anfang steht der Wille zur Abgrenzung und die Absage an die „Massenpolitik“, Geschichte und Gegenwart werden dann den eigenen Vorurteilen angepasst.

Die germanozentristischen Kriterien für den „deutschen Sonderweg“ nun finden sich auch in anderen westlichen Staaten. Repressiver Antikommunismus, Liquidationspolitik gegen die bewaffnete Linke, Kriminalitätsparanoia, Euthanasiedebatte oder die Rückbesinnung auf die Werte von Kasernenhof und Patriarchat sind ebenso wenig ausschließlich deutsche Probleme wie das Zusammenspiel von Biederermann und Brandstifter; Rassismus und Antisemitismus sind allen Untersuchungen zufolge in Polen oder Frankreich ebenso weit verbreitet wie in der BRD.

Und auch das völkische Prinzip, das die Nationalität als Abstammungsgemeinschaft mythologisiert, taucht selbst in klassischen verfassungspatriotischen Staaten wie Frankreich auf. Dort wird das „Blutrecht“ nicht nur von Le Pens „Front National“ ver-



Schlacht bei Jena 1806: Napoleons Heere fegen über Europa hinweg.



„Volksgemeinschaft“: Das Denken in diesen Kategorien ist auch in Teilen der deutschen Linken nichts unbekanntes.

fochten, sondern auch von renommierten bürgerlichen Politikern wie Chirac. Und auch ohne „Blutrecht“ weiß der rassistische Teil der weißen Bevölkerung recht genau, warum ein Staatsbürger nordafrikanischer Herkunft kein „echter Franzose“ sein kann.

Feststellungen dieser Art relativieren keineswegs Rassismus und Rechtsentwicklung in der BRD, stellen sie jedoch in einen internationalen Zusammenhang. Antirassistische Politik gegen die „Festung Europa“ muss internationalistische Politik sein, der Germanozentrismus dagegen erklärt sie für gänzlich unmöglich. Die Begründung dafür kann schwerlich auf die BRD beschränkt bleiben, denn sie ergibt sich „aus dem Wirkungszusammenhang der sozialen Stellung der Subjekte im kapitalistischen Konkurrenzkampf mit der Produktivitätsentwicklung des Metropolenkapitalismus auf dem Weltmarkt.“<sup>22</sup>

Soll heißen: solange der Imperialismus den deutschen ArbeiterInnen billige Bananen bietet, werden sie ihn nicht in Frage stellen. „Ernsthafter Antirassismus kann nicht darauf hoffen, die Massen durch den Appell an ihre Interessen zu gewinnen, weil er ihren materiellen Interessen nicht entspricht: Er wird, er muss minoritär sein.“<sup>23</sup>

Seit dem 19. Jahrhundert werden die materiellen Vorteile des Kolonialismus für die europäischen Arbeiter diskutiert; rechte Sozialdemokraten waren damals der Ansicht, dass sie ein Interesse an der Aufrechterhaltung des Kolonialismus hätten. Ihr Blick war allein auf die Krümel gerichtet, die vom Tisch der imperialistischen Bourgeoisie herabfielen. Auf die Idee, gemeinsam mit den kolonisierten Völkern an diesem Tisch Platz zu nehmen, kamen sie nicht. Sie glaubten, was die Kapitalisten ihnen erzählten: es ist nicht genug für alle da.

So denken auch die Germanozentristen, und reihen sich damit in die Front derer ein, die die Welt für einen Kuchen halten, der nur auf diese oder jene Weise aufge-

teilt werden kann. Dass ohne Imperialismus und Kapitalismus die Menschen sowohl in den Industriestaaten als auch in der „Dritten Welt“ besser leben könnten, kommt ihnen nicht in den Sinn. Ebenso wenig können sie sich vorstellen, dass Menschen, ArbeiterInnen gar, einen weniger engstirnigen Begriff von sozialen Interessen haben könnten als sie selbst.

„Unsere Kritik geht gegen diejenigen, die sich das Volk schönreden und die Augen davor verschließen, dass jeder antagonistisch betrachtete Politikansatz auf komplettes Unverständnis bis hin zu militanter Ablehnung bei der überwältigenden Mehrheit der hiesigen Bevölkerung (nicht jedoch unbedingt in anderer Teilen der Welt) stößt.“<sup>24</sup>

Hier stoßen wir auf jene Mischung aus Ignoranz und Selbstmitleid, die ebenfalls zu den schlechten Traditionen der deutschen Linken gehört. Man wähnt sich selbst in der schlimmsten aller nur möglichen Welten und sieht sich als Märtyrer in einem heroischen, aber aussichtslosen Kampf, frei nach dem Motto Lord Byrons: „Ein wahrer Gentleman setzt sich nur für eine Sache ein, die von vorneherein verloren ist.“

Natürlich ist es in Miami oder Kabul keineswegs einfacher, für Klassenkampf und soziale Revolution zu agitieren. Es gibt eine Reihe von Ländern, in denen die revolutionäre Linke weniger isoliert ist als hier, aber auch nicht wenige, in denen die Kluft zwischen Massenbewusstsein und revolutionärem Sozialismus noch weit größer ist. Bewusstsein jedoch kann sich ändern, und dafür zu sorgen ist Sache revolutionärer Politik. Der Germanozentrismus dagegen geht von einem nationalen Kollektivbewusstsein aus, das sich selbsttätig durch die Geschichte wälzt – mit Hilfe der deutschen Linken.

## Abrechnung mit der Linken

„Ein großer Teil dieser Linken – ob bei Teilen der Autonomen oder der DKP – erklärt sich zwar für antinationalistisch, verhält sich dem massenhaften Nationalismus gegenüber jedoch opportunistisch und kollaboriert auf diese Weise – anstatt für die Opfer des Deutschtums Partei zu ergreifen – mit der Nation. Es geht um die Frage: Entweder links oder deutsch. Entweder willentlicher Anschluss an die Volksgemeinschaft, und sei es auf der Basis von Blüentraum und Illusion, oder willentlicher Bruch mit ihr.“<sup>25</sup>

Der Germanozentrismus übernimmt die in der radikalen Linken schon früher vertretene Mythologisierung des „Bruchs mit der Gesellschaft“: ist dieser Bruch einmal erklärt, so bleibt die Reinheit der Seele gewahrt. Ob diese Erklärung etwas bewirkt oder überhaupt zur Kenntnis genommen wird, ist dann gar nicht mehr so wichtig. Neu ist jedoch, dass dem Klassenwiderspruch in der BRD jede politische Bedeutung abgesprochen wird.

Linke Politik soll sich an der besonderen Gefährlichkeit des deutschen „Volk imperialismus“ orientieren, stattdessen habe die Linke „das vorherrschende Geschichtsbewusstsein (...) übernommen und (...) den Nationalsozialismus über Jahrzehnte hinweg als imperialistisches Gewaltverhältnis ‚normalisiert,‘“ Der Germanozentrismus stellt die Linken in die geschichtsrevisionistische Ecke: „Sie haben selbst dafür gesorgt, dass nicht selten Proteste gegen Imperialismus, Unterdrückung und Ungerechtigkeit instrumentalisiert wurden, um einer Konfrontation mit der Vergangenheit der vorangegangenen deutschen Generation aus dem Wege zu gehen oder um implizit nachzuweisen, dass die Nazis immerhin nicht die einzigen gewesen seien.“<sup>26</sup> Ähnlich outet Elsässer „alle Geburtsfehler dieser Linken: die nivellierende Einreihung von Auschwitz unter die Schrecken des Krieges; die fehlende Unterscheidung von Nationalsozialismus und gewöhnlichem Faschismus; die Gleichsetzung von Nazi-Deutschland mit den Feindstimmen, die Verwechslung von Antifaschismus mit Pazifismus, von Pazifismus mit Appeasement.“<sup>27</sup>

Das meiste davon ist frei erfunden. Weder die 68er-Bewegung noch gar die damals entstehende neue Linke waren pazifi-

\* engl.: Politik der „Beschwichtigung“; angewandt gegenüber außenpolitisch expansionistischen, autoritären Staaten; insbesondere Bezeichnung für die von der britischen Regierung im Jahr 1933-39 praktizierten Zugeständnisse gegenüber Nazi-Deutschland (Anm. RSB-Pdm).

stisch. Neben der Rebellion gegen gesellschaftliche Unterdrückung waren Schweigen und Kollaboration der Elterngeneration in der Nazi-Zeit und die Kontinuität faschistischer Strukturen das wichtigste Motiv der 68er-Bewegung.

Oft wurde die bürgerliche Herrschaft in der BRD als faschistisch bezeichnet oder von Faschisierung geredet, wo es um die Verschärfung bürgerlicher Repression ging. Dies geschah jedoch nicht, um die Nazi-Verbrechen zu verharmlosen oder zu relativieren, sondern um die bürgerliche Herrschaft anzugreifen. Es wurde also das Falsche aus den richtigen Gründen gesagt.

Zu Auschwitz hat die sozialistische Linke wenig zu sagen gehabt, und es ist richtig, dass die Klassenanalyse Auschwitz nicht erklären kann. Klassenanalyse kann jedoch erklären, wie jene an die Macht kamen, die Auschwitz wollten, und wie jene an der Macht blieben, die Auschwitz möglich machten. Und das ist für revolutionäre Politik allemal hilfreicher als germanozentristischer Zynismus à la „Antisemitismus ist der Luxus des Volkes“. Auschwitz ist nur aus dem Nazi-Weltbild erklärlich, hier siegte die Ideologie über die ökonomische und militärische Vernunft des deutschen Imperialismus. Die klassische marxistische Methodik stößt hier an Grenzen, der germanozentristische Mystizismus leistet aber noch viel weniger einen Beitrag zur Klärung.

Bei seiner Abrechnung mit der Linken greift der Germanozentrismus in einigen Fällen tatsächliche Fehler und Schwächen der Linken auf, meist aber erfindet er sich seine Linke so, wie er sie braucht. So ist es schlichtweg Unfug zu behaupten, „die Linke“ habe den rassistischen Terror entschuldigt. Revolutionäre Politik bedeutet weder, Rassismus bei den „Massen“ zu entschuldigen, noch, das Proletariat als natürlichen Hort des Guten zu betrachten. Revolutionäre Politik geht von der Notwendigkeit aus, menschliche Verhaltensweisen zu verändern, betont dabei aber die soziale Bedingtheit (nicht Unveränderlichkeit) dieser Verhaltensweisen. Dies geschieht nicht, um beispielsweise Rassismus zu entschuldigen,

sondern um Ansätze zur gesellschaftlichen Veränderung zu finden.

Revolutionäre Politik unterstellt aber auch nicht von vornherein niedrige Motive. So sieht der Germanozentrismus beispielsweise die Lichterkettenbewegung als bewusste Eingliederung in die „rassistische Volksgemeinschaft“. Das ist natürlich, vorsichtig ausgedrückt, reine Spekulation. Gesellschaftliche Widersprüche, Ansatzpunkte (nicht Endpunkt) revolutionärer Politik, werden unter den Teppich gekehrt, so als wäre es völlig egal, ob jemand mit einer Kerze an einem See oder mit einem Brandsatz vor einem Flüchtlingslager steht.

## Die Strategie des deutschen Kapitals

Nachdem die „Volksgemeinschaft“ hergestellt worden ist, muss der Germanozentrismus, nun auch dem deutschen Imperialismus eine besondere Gefährlichkeit zuordnen, um ihn von anderen Imperialismen qualitativ unterscheiden zu können: „Es gibt innerimperialistisch also nicht nur den Konkurrenz Widerspruch, sondern auch Differenzen in der Methodik der Einflussicherung. Das trägt dazu bei, dass auch in der Militärpolitik die gemeinsamen Ansätze von Kriegspolitik ausgehöhlt werden zugunsten einer Stärkung des nationalen Elements.“<sup>28</sup> Die BRD betreibe „aggressive Außenpolitik nicht mehr nur gegen Osteuropa, sondern neuerdings auch gegen den Westen.“<sup>29</sup> Der „deutsche Sonderweg“ habe sich nach 1945, und verstärkt nach 1989, fortgesetzt.

Sein besonderes Kennzeichen ist das völkische Prinzip, das der Germanozentrismus als ideologisches Anliegen auch jenseits wirtschaftlicher Interessen sieht. Nun ist der Kampf gegen den völkischen Nationalismus natürlich notwendig, gegenwärtig insbesondere im Kampf für das Bleiberecht und demokratische Rechte für Nichtdeutsche und gegen die unverschämten Forderungen, die Vertreter des Kohl-Regimes im Namen des „Deutschtums“ an osteuropäische Staaten

richten.

Die Schlussfolgerungen des Germanozentrismus allerdings sind falsch. Die Benutzung außerhalb der Staatsgrenzen lebender BürgerInnen bzw. solcher Menschen, die ethnisch eingemeindet werden, als Legitimation für Intervention und Krieg gibt es in so verschiedenen Ländern wie USA, Türkei, Russland und Irak. Auch diese Politik muss also internationalistisch angegriffen werden.

Unter Berufung auf die „deutschen“ Minderheiten können politische und militärische Interventionen der BRD von Polen bis Kasachstan legitimiert werden. Grenzrevision und Annektion stehen jedoch gewiss nicht auf dem Programm, überhaupt zeigt der deutsche Imperialismus bisher nur mäßiges Interesse an der Erschließung des Ostens. Volkswirtschaftlich betrachtet war der Anschluss der DDR alles andere als ein gutes Geschäft für die BRD, deren Kapitalvertreter 1989 ja auch keineswegs von nationalistischer Begeisterung erfüllt waren.

Abgesahnt haben sie dann natürlich trotzdem, aber kein klar denkender Kapitalist wird territoriale Ansprüche in Osteuropa stellen. Die gegenwärtige Situation ist viel vorteilhafter: Billiglohnländer, die an der kurzen Leine des IVF gehalten werden können und ihre Märkte offen halten müssen, Osteuropa, mit Einschränkungen selbst die Atommacht Russland, kann jetzt wie die „Dritte Welt“ durch wirtschaftlichen Druck zu politischem Wohlverhalten erpresst werden.

Es gibt jedoch keinen Beleg dafür, dass das Kohl-Regime sich in Osteuropa übermäßige politische Verantwortung aufladen will, noch dazu im Alleingang. Ebenso wenig gibt es Anzeichen dafür, dass die Westintegration aufgegeben werden soll. Natürlich strebt die BRD innerhalb der Bündnisse nach Dominanz bzw. dem zweiten Platz hinter den USA. Doch in wirtschaftlicher Hinsicht bleiben die westlichen Staaten die wichtigsten Partner und in politischer Hinsicht sind die imperialistischen Staaten zur Einigkeit verdammt, wenn sie ihre oligarchische Herrschaft aufrechterhalten wollen. Solange die gemeinsamen Interessen überwiegen, wird das auch so bleiben.

In militärischer Hinsicht schließlich bleibt die BRD auf die EU-Partner angewiesen, denn nur in enger Zusammenarbeit können die europäischen Staaten eine eigenständige Rüstungsindustrie in Konkurrenz zu den USA erhalten. Die BRD ist keine Atommacht, und die Bundeswehr verfügt auch nicht über jenes Netz von Stützpunkten und Transportsystemen, das die USA, Großbritannien und Frankreich in Jahrzehnten aufgebaut haben und das Auslandseinsätze erst ermöglicht. Ohne die Hilfe der NATO hätte die Bundeswehr im



**Lichterketten-Bewegung:** Ausdruck des „deutschen Volkswillens“, sich in eine „rassistische Volksgemeinschaft“ einzugliedern?

Zweiten Golfkrieg nicht einmal ein paar Raketen in die Türkei schaffen können.

Sicherlich muss sich revolutionäre Politik hierzulande vorrangig gegen den deutschen Imperialismus wenden. Die qualitative Unterscheidung verschiedener Imperialismen führt jedoch schnell dazu, den einen gegen den anderen zu unterstützen, analog zum Zweiten Weltkrieg. Anders als damals gibt es diese qualitativen Unterschiede heute nicht.

Der Germanozentrismus sieht die deutsche Außenpolitik vom nationalen Selbstbestimmungsrecht besessen: „Die Parzellierung Russlands, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens ist insofern Bestandteil des deutschen außenpolitischen Programms, das Konflikte und Chaos bewusst in Kauf nimmt, um die eigene Machtposition zu stärken. Der Separatismus wird angeheizt“<sup>30</sup> - eine etwas eigenwillige Interpretation der deutschen Tschetschenien- und Kurdistan-Politik.

Die besondere Gefährlichkeit des deutschen Imperialismus wird meist aus dem Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien abgeleitet. Der Germanozentrismus konstruiert hier ohne große Rücksicht auf die Tatsachen eine historische Kontinuität nicht nur bei den imperialistischen Staaten, sondern auch bei den ethnischen Gruppen. Das rechtspopulistische serbische Regime mutiert so zum Träger des Fortschritts, während Kroaten und Bosnier der Fortsetzung einer historischen Kollaboration mit den „Mittelmächten“, vor allem Deutschland, beschuldigt werden.

Um dieses Bild nicht zu trüben, muss der serbische Nationalismus mitsamt seinen religiösen und völkischen Bezügen konsequent totgeschwiegen werden. Stattdessen muss der Nationalismus - oder besser noch: der Islamismus, dessen Aktien an der aktuellen Feindbildbörse noch höher stehen - ausschließlich dort gefunden werden, wo er aus germanozentristischer Sicht zu sein hat: in Kroatien, und mehr noch in Bosnien.

Nationalismus und Islamismus in Bosnien sollen hier weder geleugnet noch beschönigt werden. Tatsache bleibt jedoch, dass großserbischer Nationalismus am Beginn der jugoslawischen Krise stand. Die brutale Unterdrückung im Kosovo gab das Startsignal für den Zerfall Jugoslawiens und war für den Ausbruch des Bürgerkrieges weit bedeutender als die frühere oder spätere Anerkennung dieser oder jener Teilrepublik durch diesen oder jenen imperialistischen Staat. Bosnien hat sich der ethnischen Polarisierung und dem Bürgerkrieg solange widersetzt, wie es irgend möglich war, und noch heute ist der aggressive völkische Nationalismus dort schwächer als in Kroatien oder Serbien, und auch der Islamismus wird nur von einer Minderheit vertreten.



**Auslandseinsätze der Bundeswehr:** Ausdruck der imperialistischen Bestrebungen des deutschen Kapitals, aber ist dieses gefährlicher als französisches oder englisches?

Eine andere Einschätzung der jugoslawischen Frage ist natürlich legitim, sie sollte sich allerdings auf mehr stützen können als auf jene Aneinanderreihungen von Zitaten aus den reaktionärsten Postillen der deutschen Bourgeoisie, die im Germanozentrismus die politische Analyse ersetzt. Nicht legitim ist es jedoch, wenn unter dem antinationalen Deckmantel aggressiver Nationalismus unterstützt und mit geschichtsrevisivistischen Thesen Propaganda gegen die muslimischen BosnierInnen betrieben wird.

Und eben dies tut Elsässer in seinem Artikel „Die islamische Karte“<sup>31</sup>. Zunächst gibt er sich alle Mühe, die bosnischen Muslime zu einer „Ausbeuterschicht des Osmanischen Reiches“ zu stilisieren: „Für ihren Abfall vom Christentum wurden sie zu adeligen Landbesitzern erhoben und von der Kopfsteuer befreit.“<sup>32</sup> Es ist natürlich purer Unsinn, dass der Übertritt zum Islam genügte, um in den Adelsstand erhoben zu werden (den das Osmanische Reich in seiner europäischen Form übrigens gar nicht kannte).

Elsässer behauptet sodann bezüglich der islamischen SS-Divisionen, „dass sich Moslems in einer Weise als Schlächter betätigten, die selbst den Nazis unangelegen war“<sup>33</sup>; als Beleg zitiert er ausführlich den Bericht eines „Gewährsmannes“ der deutschen Generalität. Die SS-Kriegsverbrechen auf nichtdeutsche SS-Einheiten abzuschieben, gehört zu den beliebtesten Strategien des Geschichtsrevisivismus. Wer diese Propaganda wiederkaut und glaubt, sie mit Zitaten aus einer Nazi-Quelle belegt zu haben, zeigt, wie weit er bereit ist zu gehen, wenn er nur seine Vorurteile bestätigt findet.

Mit solchen Mitteln wird die historische Kontinuität der „Völker“ konstruiert, die

dann die heutigen Konflikte „erklärt“. Ausdrücklich lobt Elsässer die griechische Handelsblockade gegen Mazedonien und die Nichtanerkennung dieses Staates. Dass jede Blockade die Bevölkerung aufgrund ihrer nationalen Zugehörigkeit zur Geisel macht, dass hinter der griechischen Politik ein bornierter und zumindest potentiell expansionistischer Nationalismus steht – kein Problem für den „Antinationalisten“ Elsässer.

Konsequent unwillig, die gesellschaftlichen Kräfte zu analysieren und die wirklich antinationalistischen Kräfte zu unterstützen, produziert der Germanozentrismus auch hier völkischen Mystizismus, ein spiegelverkehrtes Bild der antiserbischen Propaganda in der reaktionären Presse.

Die entscheidende Differenz zwischen Germanozentrismus und revolutionärer Politik liegt nicht in dieser oder jener Einschätzung, sondern im Politikverständnis und Menschenbild. Der Germanozentrismus huldigt einem autoritär-militaristischen Weltbild, das stalinistisch wäre, wenn es sich noch auf den Sozialismus beziehen würde. Doch Utopien, überhaupt positive politische Ziele werden nicht mehr formuliert.

Revolutionäre Politik muss sich der Tatsache stellen, dass die Mehrzahl der Menschen nicht revolutionär denkt und deshalb „rechts abgeholt“ werden muss. Damit ist wohlgemerkt nicht gemeint, ihnen rechts Gesellschaft zu leisten. Die „Massen“ aber müssen schon angesprochen werden, wenn gesellschaftliche Veränderung das Ziel sein soll. Eine Erfolgsgarantie gibt es dabei nicht, aber es ist nichts als Selbstmitleid und Bequemlichkeit, die Möglichkeit gesellschaftlichen Fortschritts von vor-

neherein auszuschließen.

Der Germanozentrismus kommt zu seiner eigenen Version völkischen Denkens und ist deshalb unfähig, die tatsächliche Kontinuität faschistischer Strukturen herauszuarbeiten. Dieses Denken wird dann gleich auf die ganze Welt übertragen. Da es keine Individuen und Klassen kennt, sondern nur in historischer Kontinuität handelnde „Völker“, kennt es auch keine Zivilbevölkerung und keine Menschenrechte. Nicht allein die Deutschen der Nazi-Zeit, sondern ebenso die BosnierInnen oder AfghanInnen unserer Tage werden zum Abschluss freigegeben, wenn sie sich dem germanozentristisch definierten „Fortschritt“ verweigern. Das ist gewiss nicht die Art von Lehre, die SozialistInnen aus dem 8. Mai ziehen sollten.

Die Auseinandersetzung mit dem Germanozentrismus wird durch dessen völlig willkürliche „Beweisführung“, die bis zur bewussten Fälschung geht, nicht eben erleichtert. Am Anfang steht das Vorurteil, und das ist, ebenso wie der Glaube, immer schwer zu erschüttern. Um so drängender ist die Aufgabe, dem Germanozentrismus eine revolutionär-sozialistische Analyse entgegenzusetzen. Der 8. Mai 1945 darf nicht völkischen Ideologen überlassen werden, auch nicht solchen von „links“.

## Anmerkungen:

- 1 Zitiert wird in diesem Artikel vor allem der Aufrufentwurf für die antinationale und antideutsche Aktion zum 8. Mai 1995, weil dieser eine gewisse Repräsentativität für die „antideutsche“ Szene hat, sowie konkret-Artikel von Jürgen Elsässer, dem extremistischen Wortführer dieser Szene.
- 2 Aufrufentwurf S.20
- 3 Ebd., S.19
- 4 Ebd., S.1
- 5 Ebd.
- 6 Ebd., S.4
- 7 Ebd., S.20
- 8 Es ist, wie im Laufe dieses Artikels nachgewiesen wird, kein Zufall, dass gerade die Wortführer des Germanozentrismus immer wieder mit rassistischen und antiislamischen Äußerungen (antiislamisch ist hier nicht als religionskritisch zu verstehen, sondern als „linke“ Version eines europäisch-christlichen Überlegenheitsgefühls) auffallen. In der berüchtigten März-Nummer des Golfkriegsjahres 1991 entdeckte Gremliza, die „islamische Gefahr“ und sagte Anschläge auf Atomkraftwerke und Kindergärten voraus, Kollege Pohrt empfahl gleich den Atomschlag gegen Bagdad. Nicht alle folgenden „Ausrutscher“ dieser Art können hier dokumentiert werden; der „Internationalismus“ des Germanozentrismus wird Thema eines gesonderten Artikels in „Avanti“ III sein. [Avanti ist die monatlich erscheinende Zeitung des RSB / IV. Internationale. Die Artikel können ggf. eingesehen werden unter [www.rsb4.de](http://www.rsb4.de); Anm. RSB-Pdm]
- 9 Aufrufentwurf, S.4
- 10 „Die Dresden-Lügen“, konkret 2/95
- 11 Ebd., S.13
- 12 Ebd., S.18

- 13 konkret 2/95, S.13, Elsässer zitiert hier einen DDR-Historiker
- 14 Aufrufentwurf S.18. Bemerkenswert ist hier unter anderem die Tatsache, dass Widerstand sich in Milieus formierte, in denen es keine Widerstandstradition gab. So führten die „Edelweißpiraten“ in der Schlussphase des Krieges in Köln und anderen Städten einen Guerillakampf gegen die Nazis.
- 15 Aufrufentwurf S.20
- 16 Siehe ak 376, S.17
- 17 konkret 1/95, S.31; diese Thematik wird auch im Aufrufentwurf angesprochen und in der Zeitschrift bahamas behandelt. Demokratie gilt hier nicht als etwas, das erkämpft wurde, sondern als Gabe weiser Herrscher.
- 18 konkret 1/95, S.13
- 19 Aufrufentwurf S.17
- 20 Ebd., S.18
- 21 konkret 5, 6 und 7/90. Pohrt versuchte, einem polemischen Essay wissenschaftlichen Anstrich zu geben, indem er ganze 21 zufällig ausgewählte Personen befragte (wobei die Fragen eher Pohrts Vorurteile als soziologische Kriterien wiedergaben) und die Ergebnisse in komplizierten Tabellen präsentierte. Daraus bastelte er dann jenen deutschen „Nationalcharakter“ zusammen, der in das germanozentristische Weltbild einging.
- 22 Aufrufentwurf S.19
- 23 Ebd.
- 24 Ebd., S.20
- 25 Ebd.
- 26 Ebd., S. 1/2
- 27 konkret 2/95, S.14
- 28 Aufrufentwurf S.7
- 29 Ebd., S.1
- 30 Ebd., S.6
- 31 konkret 4/94
- 32 Ebd., S.32
- 33 Ebd., S.33



**Wer wir sind:** Der RSB ist Teil der von Trotzki und anderen revolutionären MarxistInnen 1938 als linke Opposition zum Stalinismus gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv. Wir halten die grundlegenden Probleme der Welt im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Deshalb treten wir aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen ein für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen der Arbeitenden. Wir unterstützen den Kampf gegen Armut, Rassismus, Faschismus, Umweltzerstörung, Krieg, Sexismus, Arbeitslosigkeit und jede Form von Diskriminierung, sowie Kämpfe für politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller Menschen und Geschlechter. Wir streben eine selbstverwaltete internationale sozialistische Rätedemokratie an, die die Ausbeutung des Menschen beendet. Unser Ziel ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken und mit ihnen eine sozialistische Gesellschaft zu schaffen, deren Verhältnisse sich dann radikal von denen in DDR oder Sowjetunion unterscheiden.

**Revolutionär Sozialistischer Bund | IV. Internationale**

**RSB Potsdam, Lindenstraße 47, 14467 Potsdam  
Internet: [www.rsb4.de](http://www.rsb4.de) - eMail: [potsdam@rsb4.de](mailto:potsdam@rsb4.de)**

**RSB**